



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs

Es informiert Sie:	Thorsten Schmitz
Telefon:	02104/99-1403
Fax:	02104/99-4403
E-Mail:	thorsten.schmitz@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 25.11.2008

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs
Sitzungstermin Montag, den 10.11.2008, 15:00 Uhr
Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

August Franke

Mitglieder

Ottokar Iven

Dr. Uwe Koppe

Klaus Müller

Volker Münchow

Bernhard Osterwind

ab 15:04 Uhr

Rainer Schlottmann

bis 16:45 Uhr

Carola Schneider-Rotert

Hedy Scholz

Martin Sträßer

ab 15:05 Uhr

Dietmar Weiß

Axel C. Welp

Norbert Willems

Verwaltung

Marcel Beckmann

Peter Herweg

Martin M. Richter

Gäste

Joachim Korn

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2008
3. Informationen der Verwaltung
4. Abfrage ÖPNV-relevanter Maßnahmen aus den ka. Städten 20/017/2008
5. Sachstandsbericht zu aktuellen Planungen und Projekten im ÖPNV 20/018/2008
6. Sachstandsbericht zu Veränderungen des rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmens 20/019/2008
7. Haushalt 2009
- Beratung des Haushaltsentwurfes 20/012/2008
8. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung
10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Franke, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs. Er stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß ergangen und der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs beschlussfähig ist.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2008

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2008 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

1. Kontrolle der Angebotsqualität im SPNV durch den VRR

Herr Richter informiert den Ausschuss über die durch den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) erfolgte Kontrolle der Angebotsqualität im Schienenpersonennahverkehr. Die Ergebnisse der jährlichen Qualitätsberichte basieren demnach auf dem Qualitätscontrolling-System des VRR für den SPNV. Die in diesen Berichten dargestellten Informationen werden der Datenbank „QUMA SPNV“ entnommen, in die monatlich fast 500.000 Datensätze eingegeben werden. Dabei stammen die Informationen aus

- den Liefernachweisen der Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU);
- den Erhebungen der VRR-Profitester (PT), welche nach einem detaillierten Stichprobenplan jede SPNV-Linie im Verbundraum etwa 140 mal im Jahr beurteilen; sowie
- regelmäßigen Kundenzufriedenheitsmessungen (KuZuMe), bei denen dreimal im Jahr durchschnittlich 315 Fahrgäste pro Linie ihr Urteil abgeben.

Die Liefernachweise der EVU werden vom VRR nicht einfach übernommen, sondern grundsätzlich einer Plausibilitätsprüfung unter Berücksichtigung der aktuellen Fahrplanlage unterzogen. Aufgrund der großen Datenmenge bedient sich der VRR leistungsfähiger Softwaremodule, mit deren Hilfe die umfangreiche Kontrolle der durch die EVU zur Verfügung gestellten Datensätze erfolgt.

Die Profitester führen mit Hilfe von Pocket-PC´s eine genaue Aufnahme verschiedener, durch den VRR festgelegten Qualitätskriterien durch. Sie kommen auch bei Auffälligkeiten im Rahmen der Plausibilitätsprüfung der durch die EVU eingereichten Leistungsnachweise sowie sich häufenden Kundenbeschwerden auf den betroffenen Linien bzw. Abschnitten zum Einsatz.

Beim Einsatz von Profitestern ist in erste Linie ein Kosten-Nutzen-optimierter Personaleinsatz zu beachten, was zwangsläufig zu Erhebungen auf Basis zuvor festgelegter Stichproben führt. An diese sind jedoch besondere Anforderungen zu stellen. Für die Nutzung der Erhebungsergebnisse in einem vertraglichen Kontext ist die Anwendung eines statistisch abgesicherten Auswahlverfahrens geboten, um die erforderliche Justiziabilität des Stichprobendesigns zu gewährleisten. Ein statistisch abgesichertes Verfahren ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass es konkrete Angaben zur Genauigkeit der erzielten Ergebnisse, d.h. insbesondere zur statistischen Sicherheit und zum Stichprobenfehler liefert. Solche Verfahren basieren auf einer Zufallsauswahl, die Anzahl, Ort und Zeitpunkt der Profitestereinsätze detailliert vorgibt. Um im Fall von Defiziten bei der Angebotsqualität im SPNV umgehend Verbesserungen zu erzielen, lässt der VRR den EVU regelmäßig und zeitnah die Ergebnisse der Profitester-Erhebungen zukommen, so dass diese dann entsprechend schnell reagieren und geeignete Maßnahmen ergreifen können.

Die Wirksamkeit der durch den VRR durchgeführten Kontrollmaßnahmen lässt sich beispielhaft an den im Mai 2008 erstmals aufgedeckten Defiziten beim Einsatz von Sicherheitspersonal in den S-Bahnen nach 19 Uhr verdeutlichen: Nachdem die Prüfung der Liefernachweise der DB Regio Unregelmäßigkeiten ergeben hatte und sich die Kundenbeschwerden auf den betroffenen Linien häuften, sah sich der VRR veranlasst, die Erbringung der von der DB zugesicherten Leistungen einer intensiven Prüfung zu unterziehen. Diese Stichprobenüberprüfung ergab, dass die vereinbarten Leistungsumfänge der DB Regio NRW deutlich von den tatsächlich erbrachten Leistungen abwichen. Aufgrund der Prüfungsergebnisse des VRR konnten demzufolge entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, die schließlich in der außerordentlichen Kündigung des Verkehrsvertrages mit der DB Regio NRW mündeten.

2. Sachstand zum Planfeststellungsverfahren REGIOBAHN Verlängerung

Zu diesem Punkt begrüßt Herr Franke den Geschäftsführer der REGIOBAHN, Herrn Korn, der den Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs über den aktuellen Stand zum laufenden Planfeststellungsverfahren sowie eingegangene Beschwerden über den im Oktober zwischen Düsseldorf-Gerresheim und Mettmann-Stadtwald eingerichteten Schienenersatzverkehr informiert.

Das Planfeststellungsverfahren für die Weiterführung der REGIOBAHN von Mettmann nach Wuppertal ist bereits am 01. Januar 2006 eingeleitet worden. Aus dem bisherigen Anhörungsverfahren sind zur Zeit noch drei Anliegerprobleme in Bearbeitung:

- Die Firma Georg Fischer hat darum gebeten, den Ausbau des Bahnübergangs Bollenhöhe auf ihre laufenden Planungen für den Ausbau einer Deponie abzustimmen. Dieser Bitte wurde zwischenzeitlich entsprochen und das Ergebnis der Bezirksregierung Düsseldorf mitgeteilt.

- Die Bezirksregierung Düsseldorf hat darum gebeten, noch vor dem anstehenden Erörterungstermin eine bilaterale Abstimmung zwischen der REGIOBAHN und der DB Netz AG zur Einschleifung in das DB-Netz herbeizuführen. Diese Abstimmung wurde allerdings schon längst zwischen den Beteiligten positiv zu Abschluss gebracht. Leider wurden die Ergebnisse der Abstimmung - bedingt durch die vielen Instanzen der DB AG - falsch an die Bezirksregierung weiter geleitet. Nunmehr ist mit einer abschließenden Klärung bzw. Richtigstellung in der 45. KW zu rechnen.
- Die Bezirksregierung Düsseldorf hat die REGIOBAHN darauf aufmerksam gemacht, dass sich mittlerweile das Bundesnaturschutzgesetz gravierend geändert hat und die bereits eingereichten Unterlagen daher überarbeitet werden müssen. Das beauftragte Landschaftsingenieurbüro wird die Überarbeitung voraussichtlich in der 46. KW abgeschlossen haben.

Zur Beschleunigung des Verfahrens hat die Geschäftsführung der REGIOBAHN nunmehr der Bezirksregierung Düsseldorf als Erörterungstermin den 12. Dezember 2008 im Kreishaus Mettmann vorgeschlagen. Eine Antwort der Bezirksregierung steht noch aus.

Aktuell:

Mit Schreiben vom 14.11.2008 hat die Bezirksregierung Düsseldorf nunmehr zu einem Erörterungstermin eingeladen und den o.g. in den Räumen des Kreises Mettmann bestätigt.

Herr Korn erklärt, dass sich nach Ansicht der REGIOBAHN das Planfeststellungsverfahren in den letzten Zügen befindet. Man hofft, dass nunmehr Anfang 2009 der Planfeststellungsbeschluss gefasst wird und somit Baurecht geschaffen werden kann.

Zum Thema Finanzierung führt Herr Korn aus, dass es in dieser Sache noch keine verbindliche Zusage des VRR gibt, die REGIOBAHN hat jedoch einen Finanzierungsantrag nach § 12 ÖPNVG NRW gestellt und die Maßnahme beim VRR angemeldet. Zur Bewilligung von Zuwendungen ist jedoch eine Bestellgarantie des VRR notwendig, die ebenfalls noch nicht vorliegt.

Herr Richter verdeutlicht in diesem Zusammenhang noch einmal, dass, bevor die entsprechende Infrastrukturförderung durch den VRR bewilligt werden kann, der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf zwingend vorliegen muss. Ohne Planfeststellungsbeschluss wird der VRR auch keine entsprechende Bestellgarantie abgeben.

Im Anschluss informiert Herr Korn den Ausschuss umfassend über eingegangene Beschwerden zum Schienenersatzverkehr und Probleme während der Bauarbeiten auf dem Streckenabschnitt zwischen Mettmann-Stadtwald und Düsseldorf-Gerresheim im Oktober diesen Jahres.

3. Einsatz der neuen S-Bahn-Triebwagen im Kreis Mettmann

Herr Richter führt aus, dass sich die von DB Regio NRW angekündigte Inbetriebnahme der neuen S-Bahntriebwagen vom Typ ET 422 weiter verzögern wird. Nach aktuellem Kenntnisstand liegt weiterhin keine Zulassung des Eisenbahnbundesamtes (EBA) für die von der Firma Bombardier gefertigten S-Bahn Züge vor. Aus diesem Grund nennt DB Regio NRW nun auch keinen neuen Einsatz-Termin mehr. Frustrierend für die Fahrgäste, den VRR und den Kreis Mettmann ist dies v.a. vor dem Hintergrund, als dass DB Regio und Bombardier im Rahmen einer medienwirksamen Präsentation der neuen Triebwagen eine Inbetriebnahme für den Spätsommer 2008 in Aussicht gestellt hatten. Auch die Schuldfrage, warum bis zum heutigen Tage die für die Inbetriebnahme der Züge erforderliche Genehmigung nicht vorliegt, kann von hier aus nicht geklärt werden. Mutmaßlich fehlen dem EBA jedoch vom Hersteller Bombardier noch Unterlagen, die für die Zulassung dringend benötigt werden.

Überdies informiert Herr Richter über ein Schreiben der DB Regio NRW an die Stadt Ratingen zur geplanten Einführung neuer Triebwagen auf der Linie S6, welches dem Kreis Mettmann in Kopie vorliegt. Darin macht DB Regio NRW den Kreis Mettmann sowie die Zweckverbandsvertreter des Kreises dafür verantwortlich, dass, entgegen früherer Absichten, nun der Einsatz neuer Triebwagen des Typs ET 422 nur teilweise vorgesehen ist. Da das von DB Regio NRW im Juli vorgelegte, überarbeitete S-Bahn Konzept weit hinter dem ursprünglichen Entwurf zurück blieb und unzumutbare Zugeständnisse durch den VRR beinhaltet hätte, haben weder der Kreis Mettmann, noch die Zweckverbandsvertreter des Kreises die geplante, teilweise Bestückung der S6 mit neuen Triebwagen im Jahr 2010 in irgendeiner Weise zu verantworten.

Aktuell:

Seit dem 17.11.2008 setzt DB Regio NRW auf der S7 zwischen Düsseldorf Flughafen Terminal und Solingen die ersten neuen Triebwagen der Baureihe ET 422 ein, die Planungen sehen die Lieferung von 22 Zügen bis Mitte Dezember vor. Damit wird die Linie S7 vollständig mit neuen Zügen ausgestattet.

Zu Punkt 4: Abfrage ÖPNV-relevanter Maßnahmen aus den ka. Städten
--

Zunächst würdigen einige Ausschussmitglieder die Arbeit der Verwaltung bei der Aufstellung ÖPNV-relevanter Maßnahmen aus den Städten.

Nachfolgend berät der Ausschuss über die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen und die Bewertung des ÖPNV-Angebotes. Hierzu beantwortet die Verwaltung Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Münchow informiert den Ausschuss darüber, dass in Velbert unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der von der Verkehrsgesellschaft Velbert (VGV) gemeldeten Maßnahmen sowie bzgl. der Angebotsqualität und Akzeptanz des Fahrplanangebotes bestehen. Konkrete Beschlüsse zur Veränderung des bestehenden Angebotes wurden im entsprechenden Fachausschuss bisher jedoch nicht getroffen.

Für das südliche Kreisgebiet äußern sich Ausschussmitglieder negativ über die weiterhin bestehenden Übergangswiderstände zwischen den Verbundtarifgebieten des VRR und VRS.

Im Laufe der weiteren Beratungen informiert Frau Scholz den Ausschuss über Beschwerden auf der Linie 745. Die Verwaltung wird mit dem zuständigen Verkehrsunternehmen Kontakt aufnehmen und den Ausschuss über das Ergebnis der Gespräche informieren.

Herr Welp bittet die Verwaltung, die in der Anlage dargestellte Problematik in Wülfrath bzgl. Übergangswiderstände der Linie 601 am Haltepunkt Wülfrath-Aprath S zur S9 noch einmal zu überprüfen. Die Verwaltung wird gemeinsam mit der Stadt Wülfrath sowie der Stadtwerke Wuppertal Möglichkeiten zur Verbesserung der Anschlussbeziehungen ausloten.

Nach ausführlicher Diskussion über die in der Anlage dargestellten ÖPNV-relevanten Maßnahmen sowie deren Umsetzbarkeit, nimmt der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt die Abfrageergebnisse ÖPNV-relevanter Maßnahmen aus den ka. Städten zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 5: Sachstandsbericht zu aktuellen Planungen und Projekten im ÖPNV - Vorlage Nr. 20/018/2008

Herr Beckmann erläutert ergänzend zur Vorlage noch einmal ausführlich die Vorteile des City-Ticket Programms der Deutschen Bahn AG. Anschließend beantwortet die Verwaltung Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss informiert Herr Richter den Ausschuss über die geplante Neuausrichtung des Pendlernetzes NRW und die den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis vorliegende Kooperationsvereinbarung zwischen den Kreis Mettmann und dem VRR, die zum 01.01.2009 in Kraft treten soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Sachstandsbericht zu aktuellen Planungen und Projekten im ÖPNV zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 6:	Sachstandsbericht zu Veränderungen des rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmens - Vorlage Nr. 20/019/2008
--------------------	---

Die Verwaltung informiert den Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs über Veränderungen des rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmens.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Sachstandsbericht zu Veränderungen des rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmens zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 7:	Haushalt 2009 - Beratung des Haushaltsentwurfes - Vorlage Nr. 20/012/2008
--------------------	--

Herr Franke bittet zunächst Herrn Willems als Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihre Veränderungsanträge zum TOP 7 „Haushalt 2009“ zu begründen.

Zum Veränderungsantrag „Attraktivierung des ÖPNV“ berichtet die Verwaltung, dass die ständige Überprüfung, Fortentwicklung und damit einhergehend die kontinuierliche Verbesserung des ÖPNV Angebotes im Bedienungsgebiet des Kreises originäre Aufgabe der Nahverkehrsplanung beim Kreis Mettmann ist.

Herr Richter erklärt zum Veränderungsantrag „Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR“, dass sich der VRR bereits im letzten Sitzungsblock mit dieser Thematik befasst hat. Dort bestehen u.a. erhebliche rechtliche Zweifel an der (EU-) Rechtmäßigkeit der Finanzierung des Sozialtickets über den ZV VRR. Darüber hinaus sind die finanziellen Risiken schwer abschätzbar (Dortmund).

Nach ausführlicher Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über die beiden Veränderungsanträge abstimmen:

1. Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Attraktivierung des ÖPNV“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme der UWG-ME-Fraktion

2. Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme der UWG-ME-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs hat den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2009 - soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt - zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenden Änderungen zuzustimmen und dem Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

1 Nein-Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme der UWG-ME-Fraktion

Zu Punkt 8: Nachträge

Es liegen keine Nachträge zur Tagesordnung vor

Anschließend stellt der Vorsitzende, Herr Franke, die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:50 Uhr

gez.
August Franke

gez.
Marcel Beckmann